

Ressort: Politik

Innenminister wollen Betrug bei Einbürgerung bekämpfen

Berlin, 10.06.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die Innenministerkonferenz (IMK) hat den Bund aufgefordert, strenger gegen erschlichene Staatsbürgerschaften vorzugehen. Laut Beschluss soll das Bundesinnenministerium eine Gesetzinitiative auf den Weg bringen, um rechtswidrig erlangte Einbürgerungen künftig nicht mehr nur fünf Jahre wie bisher, sondern auch zehn Jahre danach noch zurücknehmen zu können.

Hintergrund sind Probleme und falsche Angaben bei der Identitätsfeststellung von Asylsuchenden, die oftmals erst Jahre später entdeckt werden. Gleichzeitig sieht der Beschluss vor, die gesicherte Klärung der Identität als Voraussetzung für die Einbürgerung in das Staatsangehörigkeitsgesetz aufzunehmen. Den Antrag hatte Baden-Württemberg eingebracht. Landesinnenminister und CDU-Vize Thomas Strobl sagte der "Welt am Sonntag" zur geplanten Fristverlängerung: Die deutsche Staatsbürgerschaft sei "das größte Geschenk, das der deutsche Staat einem Ausländer machen kann". In keinem Fall dürfe eine "Einbürgerung dazu dienen, eine vollkommen neue Identität oder eine zusätzliche Alias-Identität zu verschaffen - und damit die Vertragsgrundlage der Einbürgerung unterwandern". Eine "unter falschen Vorzeichen erschlichene Einbürgerung" dürfe "unter keinen Umständen mit der Verleihung dieser belohnt werden". Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit Namen "Identitätsfeststellung" war zu dem Ergebnis gekommen, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Regel bundesweit in 58 Fällen die Einbürgerung wegen Täuschung über die Identität oder die Verfassungstreue zurückgenommen wurde. In 342 Fällen dagegen konnte ein Verfahren erst gar nicht gestartet werden, da die Fünfjahresfrist bereits verstrichen war. Hintergrund der Initiative sind zudem Zweifel an den Identitätsfeststellungen während der Flüchtlingskrise, als viele Behörden überfordert waren. Zeitweise lebten 700.000 Personen im Land, ohne dass deren Identität festgestellt war. Behörden stellten zudem fest, dass Asylsuchende falsche Herkunftsländer angaben, um ihre Chance auf einen Schutztitel zu erhöhen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107356/innenminister-wollen-betrug-bei-einbuengerung-bekaempfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619